

Allgemeine Hinweise zur Antragstellung:

- Die Antragstellung muss vor Beginn des Vorhabens erfolgen.
- Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 100 % der Gesamtkosten
- Änderungen / Ausfall des Vorhabens nach Antragstellung sind der Zuwendungsgeberin unverzüglich anzuzeigen.

## **Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung aus Mitteln der Stadt Lehrte zur Durchführung einer Präventionsmaßnahme gemäß der**

**„Richtlinie zur Förderung von präventiven Maßnahmen in der Stadt Lehrte“**

**für das Haushaltsjahr 2025**

### **1. Antragsteller\*in**

Antragsteller\*in:

Anschrift:

Zuwendungsberechtigt nach § 2 Abs. 1 der Richtlinie als

Schule

Verein

Verband

Auskunft erteilt

Name:

Telefon:

Email:

Kreditinstitut:

IBAN:

Kontoinhaber\*in:

## 2. Angaben zum geplanten Vorhaben

Für folgende Maßnahme wird eine Zuwendung im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung präventiver Maßnahmen in der Stadt Lehrte“ beantragt:

### Maßnahmen zur Prävention von:

(Bitte wählen Sie **einen** Hauptschwerpunkt aus!)

**Gewalt** (z.B. Antiaggression, Mobbing, ...)

... **Diskriminierung** (z.B. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homofeindlichkeit; ... )

... **Sucht** stoffgebundene (z.B. Drogensucht; Alkoholsucht;...)

stoffungebundene (z.B. Glücksspiel, Kaufsucht, ...)

**problembehafteter Mediennutzung** (z.B. Cybermobbing, Pornografie, ...)

..... **Kriminalität im Allgemeinen** oder

... **Extremismus** (z.B. Maßnahmen zur Demokratieförderung).

### Präventionsansatz

Die geplante Maßnahme verfolgt einen

#### **universellen Präventionsansatz**

(die Maßnahme setzt bereits vor Auftreten eines bestimmten Problems bei Zielgruppen an, die weder Auffälligkeiten noch ein Risiko aufweisen)

#### **selektiven Präventionsansatz**

(die Maßnahme richtet sich an spezielle Gruppen, die bereits ein erhöhtes Risiko aufweisen)

#### **indizierten Präventionsansatz**

(die Maßnahme richtet sich an Kinder oder Jugendliche mit hohem Risiko bzw. Kinder oder Jugendliche, die bereits Risikoverhalten/ein Problemverhalten zeigen)

**Maßnahmenbeschreibung**

(Inhalte, Zielsetzungen, Zielgruppe, Alter der Teilnehmenden, Anzahl der Teilnehmenden, ggf. flankierende Maßnahmen, Zeitraum der Durchführung)

**Die geplante Maßnahme ist in ein Präventionskonzept vor Ort eingebettet.**

.....**Ja** (Das Präventionskonzept ist dem Antrag beizufügen)

.....**Nein**

## **Beteiligung der Kinder, Jugendlichen oder jungen Volljährigen an Maßnahmenauswahl**

..... Hiermit bestätige ich, dass die Kinder, Jugendlichen oder jungen Volljährigen bis einschließlich 21 Jahren an der Auswahl der Präventionsmaßnahme in angemessener Art und Weise (mit Rücksicht auf Alter, Entwicklungsstand etc.) beteiligt wurden.

Ideen für mögliche Beteiligungsverfahren können sein: Abstimmung im Klassenrat, Abstimmung im Plenum, Kurzinterviews mit Kindern, Jugendlichen oder jungen Volljährigen, Online-Umfragen, gemeinsames Brainstorming etc.

Es gibt viele Beispiele und Methoden im Internet, z.B. gibt es eine Methodensammlung auf der Seite [www.kinderrechte.de](http://www.kinderrechte.de) des Deutschen Kinderhilfswerks e.V.

## **Finanzierungsplan**

Bitte beachten Sie, dass ausschließlich die im direkten Zusammenhang mit der Maßnahme stehenden Personal- und Sachausgaben (u.a. Honorar- und Materialkosten) förderfähig sind.

Förderfähig sind bis zu 100 % der Gesamtkosten. Wenn Eigenmittel vorhanden sind, sollten diese eingebracht werden.

Eine Förderung durch komplementäre Drittmittel ist gem. § 2 (6) möglich.

### **Beantragte Fördermittel:**

#### **Eigenmittel:**

#### **Sonstige Mittel (komplementäre Drittmittel, Spende etc.):**

(Nachweis durch Förderbescheid - bitte beifügen)

#### **Drittmittelförderer:**

**Zutreffendes bitte ankreuzen:**

.....Die Maßnahme, für die eine Förderung beantragt wird, wurde noch nicht  
.....begonnen. Für die Maßnahme wurden noch keine rechtlichen Verpflichtungen  
.....eingegangen.

.....Für diese Maßnahme wurden keine Mittel aus anderen Richtlinien der Stadt  
.....Lehrte beantragt.

Es ist sichergestellt, dass keine einschlägig vorgestraften Personen im Sinne von  
§ 72 a Absatz 1 SGB VIII tätig in den Maßnahmen tätig sind.

Die Grundsätze des SGB VIII werden berücksichtigt.

Die antragstellende Institution verpflichtet sich mit Unterschrift des Antrags, auf Anfrage im  
Rahmen der jährlichen Befragung der Jugendhilfeplanung anonymisierte Daten zum Zweck  
der Bestanderhebung und Bedarfsermittlung zur Verfügung zu stellen.

Die Richtigkeit vorstehender Angaben wird bescheinigt; ebenso dass der Antrag von der  
hierzu berechtigten Person unterzeichnet wurde.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift

Der Antrag ist zu richten an:  
Stadt Lehrte  
Fachdienst Kinder und Jugend  
SG Frühe Hilfen, Jugend- und Schulsozialarbeit  
Rathausplatz 1  
31275 Lehrte

oder an [praeventionsfoerderung@lehrte.de](mailto:praeventionsfoerderung@lehrte.de)